

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 2 (1910)
Heft: 1

Rubrik: Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

praktischer Erfahrungen verfügt, die Genosse Staudé vorzüglich zu erläutern wusste und die gelegentlich auch andern Verbänden zugute kommen werden.

Am zweiten Verhandlungstage wurde nach einer ausgiebigen Diskussion über die wesentlichsten Punkte des Referates vom Vorabend über die *Ausgestaltung des Verbandsorgans* beraten. Die Delegierten einigten sich dahin, es sei in Anbetracht der geringen Zahl französisch sprechender Mitglieder in Zukunft der französische Text ganz wegzulassen und der so gewonnene Raum für italienischen und deutschen Text zu verwenden.

Die Frage der *Arbeitslosen-Versicherung* war rasch gelöst, indem die Delegierten mit wenigen Ausnahmen dem Zentralvorstand beipflichteten, es sei unter den gegebenen Umständen nicht möglich, eine derartige Institution im Verband einzuführen. In einem Projekt, das der Zentralvorstand ausgearbeitet hatte, war die Unterstützung von 2 Fr. pro Tag für Arbeitslose während der Dauer von 24 Tagen, die in die Zeit vom 1. November bis 1. März fallen mussten, vorgesehen. Um diese bescheidene Unterstützung ausrichten zu können, hätten nach den Berechnungen des Zentralvorstandes die Beiträge um 30 Cts. pro Mitglied und Woche erhöht werden müssen, und das war den Mitgliedern zu starker Tabak. Man ging daher ohne Diskussion über das Projekt des Zentralvorstandes zur Tagesordnung über.

Statutenrevision. Ein Antrag der Sektion Bern, es sei für die Agitation in der romanischen Schweiz ein besonderer Beamter zu engagieren, wird dahin abgeändert, dass die betreffende Sektion einen Ortsbeamten anstellen soll, der gleichzeitig dem Verband für die Agitation in den zunächst gelegenen Städten (Biel, Freiburg, Neuenburg) zeitweise zur Verfügung stehen soll. Dafür wird der Sektion Bern aus der Zentralkasse eine noch zu bestimmende Subvention in Aussicht gestellt. Alle übrigen Anträge der Sektionen betreffend Erhöhung der Unterstützungsansätze im Krankheitsfalle, bei Streiks, Massregelungen oder Wanderschaft werden abgelehnt. Dagegen wird folgender Antrag des Zentralvorstandes angenommen:

«Wer länger als 8 Wochen seine Beiträge schuldet (ausgenommen Krankheit oder Arbeitslosigkeit) ohne Stundung verlangt zu haben, kann aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

Wer wegen Beitragsschulden gestrichen wird oder austritt, wird innerhalb 2 Jahren nicht neu aufgenommen, sondern ist verpflichtet, seine Mitgliedschaft fortzusetzen durch Nachzahlung der Rückstände. Letzteres kann ratenweise geschehen.

Ausnahmen von obigen Bestimmungen können auf Antrag der Sektionen nur gemacht werden, wenn der Betreffende unverschuldet nicht in der Lage war, seinen Pflichten nachzukommen.

Wer aus prinzipiellen Gründen, wie Streik- und Sperrebruch, Akkordarbeit usw. ausgeschlossen, oder wer Meister wird, kann seine früheren Rechte nicht wieder erlangen, sondern muss durch Neueintritt unter Bezahlung einer Konventionalbusse von mindestens 10 Fr. wieder Mitglied werden.»

Ferner wird noch beschlossen, auch den Verbandskassier als vollberechtigtes Zentralvorstandsmitglied anzuerkennen und der sozialdemokratischen Partei, sowie der Arbeitskammer des Kantons Tessin je Fr. 100 zur Verfügung zu stellen.



Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Der Kongress der „American Federation of Labour“.

Berthold Rudner.

Die diesjährige, bereits stattgefundene 29. Konvention der «American Federation of Labour» fand heuer zum ersten Male ausserhalb der Vereinigten Staaten, und zwar in Toronto, Kanada, statt, die vom 8. bis 15. Nov. währte.

Mit üblichem Gepränge, unter Vorantritt einer Musikkapelle, der über 500 Delegierte folgten, sowie der Bürgermeister der Stadt als auch Mitglieder des Stadtrates, wurde der Zug nach der Versammlungshalle geleitet und vom Präsidenten Samuel Gompers eröffnet. Zunächst hielten der kanadische Arbeitsminister Mackenzie, der Bürgermeister Joseph Oliver, der Arbeitsminister Dr. Reaume von Ontario und William Gockling, Präsident des kanadischen Gewerkschaftskongresses, Begrüssungsansprachen.

Der nun folgende Bericht, zu dessen Verlesung 2½ Stunden beansprucht wurden, lässt alles das Revue passieren, was sich im letzten Jahr ereignet hat; und wahrlich, letzteres kann als ein bedeutungsvolles historisches Jahr bezeichnet werden. Gompers vermerkt eingangs, dass durch die Krisis eine Schwächung der Organisation sich bemerkbar machte, die aber durch rege Agitation wettgemacht wurde und sogar nun eine kleine Vermehrung zu konstatieren ist. Mit Befriedigung wird hingewiesen, dass durch die Bemühungen der Federation eine Herabsetzung der Löhne während der wirtschaftlichen Depression verhindert werden konnte (? — der Referent). Gompers kommt nun zur Besprechung des Urteils des Obersten Gerichtshofes im Distrikt Columbien, in welchem die Nationaloffice ihren Sitz hat, wonach Gompers, Präsident, John Mitchell, Vizepräsident, und Frank Morrison, Schatzmeister, zu zwölf, neun, respektive sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Die Umstände, die zu diesem Urteil führten, sind folgende: Im offiziellen Verbandsorgan, dem «American Federationist» wurden mehrere Firmen — «arbeiterfreundliche» — publiziert und vermerkt, dass deren Produkte seitens der organisierten Arbeiterschaft zu boykottieren sind. Eine derselben, eine Ofenfirma, die «Buck's Stove and Range Co» von St. Louis, bekam diesen Boykott zu spüren und der Direktor, ein Scharfmacher ärgster Sorte, der zugleich Vorsitzender der «American Manufacturers Association», einer Fabrikantenvereinigung war, suchte um einen gerichtlichen Einhaltbefehl (Injunction) nach, wodurch es verhindert werden soll, obengenannte Firma weiterhin zu boykottieren. Diesem Antrag kam der saubere Richter Wright nach. Als sich aber Gompers als Redakteur nicht veranlasst fühlte, diesen Gerichtsbeschluss zu beachten, wurden alle drei Beamten der Missachtung derselben schuldig befunden und erstgenannte Urteile ausgesprochen. Die Beamten der Federation appellierten gegen dieses Urteil an das Appellationsgericht des Distrikt Columbien. Am 2. November hat dieses Gericht die Appellation verworfen, das Urteil bestätigt und damit die Ungesetzlichkeit des Boykotts in Arbeiterkämpfen hochgehalten. Dieses Urteil wurde gerade am Wahltag gefällt, an einem Tage, wo die grosse Masse der drübigen Arbeiter sich anschickte, diese Burschen ins Amt zu senden, die sie dann als Richter so behandelten. Nun ist damit noch nicht gesagt, dass es zum «Sitzen» kommt. Für den, der Bescheid hinter den Koulissen weiss, ist die Sache bereits erledigt. Für die amerikanische Regierung resp. für die führenden kapitalistischen Kräfte war von vornherein der Weg gezeichnet, der in dieser Angelegenheit begangen wird.

Das Urteil sollte von der Appellations-Instanz bis zum Ober-Bundesgericht hochgehalten werden und das der unteren Instanz bestätigen und somit die Verurteilung von Gompers, Mitchell und Morrison ansprechen. Der Präsident der Vereinigten Staaten soll dann die Verurteilten begnadigen. Dadurch wird das Prestige der Regierung gewahrt und es wird verhindert, dass die Beamten als Märtyrer gefeiert werden. Das gerichtliche Verbot des Boykotts und seine Bestrafung bleibt aber ausdrücklich bestehen. Gompers sieht die Sache nicht von dieser Seite an, sondern protestierte, dass die Rede- und Pressfreiheit dadurch in Gefahr kommt, resp. ein grosses Loch bekommen hat. Er erklärte des fernern, «dass niemand an seiner Hochachtung vor der Gerichtspflege des Landes zweifeln könne und unbedingtes Vertrauen in ihre Integrität habe, wie auch immer ihre Entscheidung ausfallen möge». «Die Richter sind nur menschliche Wesen und Irrtümern unterworfen». Ich sage das nicht nur mit Bezug auf die drei in Frage kommenden Richter, sondern schliesse in diese Bemerkungen alle Richter ein.

Gompers kommt nun zur Besprechung der Gesetzgebung, und muss erklären, dass es damit traurig bestellt ist. Die Schwanz- und Bettelpolitik hat ein Fiasko zu verzeichnen. „So viele Anstrengungen seitens der Arbeiterorganisationen gemacht worden seien, um die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Klassengesetzgebung zu beseitigen, so wenig Erfolge seien damit erzielt worden.“ Durch die Auslegung des Sherman Anti-Trustgesetzes ist es zu einer gefährlichen Bedrohung jeder Gewerkschaft geworden und hat sich zu einem Anti-Koalitionsgesetz herausgewachsen. Das Unternehmertum hat bereits diese Gelegenheit wahrgenommen und Gewerkschaften um den dreifachen Betrag verklagt, den diese durch die Aktionen derselben angeblich erlitten haben. So hat der Hutmacherverband einen Strauss anzufechten mit der Firma Löwe & Co. Dieselbe beansprucht „nur“ 240,000 Dollar Schadenersatz. Andere Prozesse sind anhängig gemacht worden, um die Gewerkschaften zum Weissbluten zu bringen. Ja es sind schon Mitglieder individuell haftbar gemacht worden und deren Eigentum beschlagnahmt worden, nur dass die Kapitalisten den ihnen zugesprochenen Betrag erhalten. Es wurden alle bis jetzt gangbaren Wege benutzt, um den Kongress zu veranlassen, eine Aenderung und bestimmte Begrenzung dieses Gesetzes vorzunehmen: Bis dato ist ebenfalls nur ein Fiasko zu verzeichnen. Gompers «vertraut» darauf, dass mit Hilfe Tafts eine befriedigende Lösung dieser Schwierigkeiten gefunden werde. Taft, der Präsident der Vereinigten Staaten, verspricht, dieser Frage seine «Aufmerksamkeit zu schenken». Zu den weiteren «unerledigten» Wünschen der Arbeiter führt Gompers an: Eine Neuregelung der Gefängnisarbeit, der Kinderarbeit im Distrikt Columbien, die der Einwanderung, welche durch die himmelschreienden Vorgänge in Mc Kees Rocks* beleuchtet und dadurch aktuell geworden sind. Hierauf sang Gompers sein altbekanntes Lied von der Unparteilichkeit der amerikanischen Arbeit. «Wir müssen für ein Prinzip und nicht für eine Partei kämpfen. Wir üben mit unserem Wahlrecht keine Erpressung aus. Die Arbeit muss endlich verstehen lernen, dass sie die Parteien im Interesse ihrer Prinzipien ausnützt und darf den politischen Parteien nicht erlauben, von ihnen ihren Zwecken nutzbar gemacht zu werden.»

Gompers kommt nun zu seiner «Studienreise» und was er hierüber erzählt, ist nichts neues. Zu der internationalen Konferenz zu Paris bemerkt er, dass die Vertretung nicht rein gewerkschaftlich ist. So sei einer der zwei Delegierten Belgiens, Genosse Huysman, Sekretär der internationalen Partei. Die Delegierten von Holland und Oesterreich beschränkten sich darauf, sozialistische

Propaganda zu treiben und den wahren Trades-Unionismus zu diskreditieren. Die zwei Delegierten Frankreichs, die Führer der Confédération Générale du Travail, wären Anarchisten. Wie bereits durch die Tagespresse bekannt wurde, erfolgte der Anschluss der American Federation of Labour an das internationale Sekretariat, trotzdem Gompers nicht gerade viel davon erwartet und anschliessend erklärte, dass das Sekretariat noch viel zu wünschen übrig lasse. Für die Einwanderer, die sich im neuen Lande den Gewerkschaften anschliessen wollen, werden die Hindernisse seitens der konservativen Unions für absehbare Zeit deswegen nicht leichter zu nehmen sein. Erst wenn alle Formalitäten erfüllt sind, wie scharfe Prüfungen, erstes Bürgerpapier, Lizenzen, die nur Bürger bekommen, 1- bis 5jährige Lehrzeiten oder während einer solchen Zeit in einem Geschäft tätig, Befähigungsnachweis und Prüfung des Charakters und vieles andere mehr, dann ist es dem Emigranten möglich, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Zudem kommt noch die Erlegung von Prüfungsgebühren, die hinfällig sind, wenn der Kandidat durchfällt und last but not least Eintrittsgelder, welche von 5—500 Pfund Dollars und darüber variieren. Man sieht also, dieser Anschluss an das internationale Sekretariat ist vorläufig etwas rein formelles. Die folgenden Besprechungen sind den Jurisdiktionsstreitigkeiten gewidmet. Die Solidarität der amerikanischen Arbeiterschaft ist leider keine proletarische, sondern eine kapitalistische. Auf jedem Kongress werden, um der Sache los zu sein, Kommissionen eingesetzt, welche die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften schlichten sollen und auf jedem Kongress kommen die so «erledigten» Bruderkämpfe wieder zum Vorschein. Durch Korruption und Egoismus einerseits, durch die Spezialisierung der Arbeitsgebiete andererseits, werden diese Kämpfe hervorgerufen. Desgleichen gibt es Streitigkeiten zwischen Verbänden desselben Gewerbes. Angebahnte Verschmelzungen werden von den interessierten Personen hintertrieben und der lachende Dritte ist der Kapitalist. So gab es erregte Debatten mit der Brotherhood of Electrical Workers (Bruderschaft der Elektriker), die in zwei Lager sich gespalten hat. Das Verbandsvermögen kann daher auf gerichtlichen Beschluss nicht erhoben werden, als bis die Sache geschlichtet ist. Desgleichen liegen die «Boot and Shoe Workers Union» und die «United Shoe Workers of America» sich in den Haaren (Schuhmacher). Ebenso wurde ein jahrelanger Streit zwischen zwei rivalisierenden Holzarbeitergewerkschaften auch in diesem Jahre wieder aufgeführt. Und auch diesmal wurden diese Angelegenheiten einer Schlichtungskommission übertragen.

Sekretär Morrison gibt den Kassenbericht, der ausführlich gehalten ist und volle Kassen aufweist. Unter den wichtigeren Ausgaben sind folgende zu finden: das Gehalt des Präsidenten 5000 Dollars, des Sekretärs 4000 und der Bureauangestellten 22,389 Dollars. Die Exekutivsitzenungen kosteten im letzten Jahre 4555 Dollars. Für «Unkosten» erhielten der Präsident 1272, der Sekretär 237 und die Revisoren 310 Dollars. Die Organisationen der American Federation of Labour erhielten 48,359 Dollars, der «Federationist» kostete 22,703 Dollars, abzüglich der Einnahmen von 2554 Dollars. Die Gesamteinnahmen (inklusive aller Extrafonds) betrugen einschliesslich eines Saldos von 138,627.89 Dollars 371,005.53 Dollars. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 208,702.07 Dollars, so dass am 1. Oktober 1909 167,303.46 Dollars in der Kasse verblieben.

Unter den angenommenen Resolutionen findet sich vor allem eine, in der dem Stahltrust, als der grösste Feind der Arbeiterklasse, der Krieg erklärt wird. Nach Anhörung des Genossen Tholin, des Generalsorganisators des schwedischen Arbeiterverbandes wurde den Schweden moralische und materielle Hilfe zugesichert. Die

* Näheres findet der Leser in einem Bericht in Nr. 39 der „Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung“.

Kundgebung der Exekutive zugunsten Ferrers wurde von der Konvention indossiert. Scharfe Resolutionen wandten sich gegen die Streikbrecheragenturen. Der Achtstundentag wurde gefordert und der Taglohn als die beste Form der Entlohnung verlangt. Eine Resolution spricht sich für die Organisierung der landwirtschaftlichen Arbeiter aus.

Ein englischer «Fraternal» Delegat, das sozialistische Parlamentsmitglied J. R. Klines, hielt vor der versammelten Konvention eine feurige Ansprache, in der er zeigte, wie die englischen Arbeiter sich von den bürgerlichen Parteien losgesagt, wie die Taff Vale-Entscheidung sie gezwungen habe, selbständige Politik zu treiben. Seine Ausführungen waren ein glänzendes Argument für unabhängige politische Aktion und wurde er häufig von stürmischem Beifall unterbrochen. Ein amerikanischer Genosse, James Egan, Redakteur des «Toledo Union Leader», der ebenfalls eine Ansprache halten wollte, wurde durch Gompers am Sprechen verhindert.

Übersieht man die Gesamtarbeit der Konvention, so muss allerdings gesagt werden, dass im Gegensatz zu früheren ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist. Noch vor einigen Jahren weigerte man sich vom Staate Alterspensionen zu verlangen. Letztes Jahr hat die Exekutive sich aber damit befasst und unterbreitete ein Gesetz dem Kongressmann Wilson, ein Delegierter der «United Mine Workers». Dieser Gesetzentwurf soll in der nächsten Session eingereicht werden. Auch mit der volksverseuchenden Schwindsucht befasste man sich und hat dahingehende Gesetzesvorschläge ausgearbeitet. Die sozialistischen Delegierten und vorübergehend anwesenden Genossen hielten unter sich eine Konferenz ab, in welcher sehr eingehend über die Resolutionen verhandelt wurde, als auch über die einzuschlagende Taktik.

Der Streik der Blusenschneiderinnen in New-York

(Sp. 353) ist immer noch im Gange. Etwa 300 Firmen sollen die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben. *Fräulein Morgan, die Tochter Pierpont Morgans, die an der Spitze der Bewegung steht*, hat sich zur Gründung einer Blusenfabrik entschlossen, die mit einem Kapital von 5 Millionen Mark und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen die Ausständigen beschäftigen will. Die Schwierigkeiten, mit denen die Bewegung zu kämpfen hat, werden schon durch die Tatsache beleuchtet, dass die Agitation unter den Ausständigen zugleich in englischer, italienischer und hebräisch-deutscher («Jargon») Sprache geführt werden muss.

Der 11. belgische Gewerkschaftskongress. (25.—27. Dezember in Brüssel.)

Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände ist im letzten Jahre von 67,500 auf 71,000 gewachsen; ausserhalb stehen noch 20,000 Bergarbeiter, ferner auch die Glasarbeiter und die Gewerkschaften von Verviers mit 15,000 Mitgliedern. Die bereits 1908 beschlossene Zentralkasse für Streiks und Aussperrungen tritt mit dem 1. Januar 1910 in Kraft, aber vorläufig nur als freiwillige Einrichtung; sie wird für 5 Ct. Monatsbeitrag auf den Kopf bei Abwehrkämpfen nach 4, bei Angriffskämpfen nach 6 Wochen mit ihren Unterstützungen einsetzen. Die Tagung forderte für Bäcker Verbot jeder Nacharbeit, Beschränkung der Sonntagsarbeit auf einen halben Tag an jedem zweiten Sonntag, Achtstundentag. Gefordert wurden ausserdem: Gesetzliche Verkürzung der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, Errichtung von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinden, hinsichtlich der Heimarbeit Genehmigungspflicht für Betriebsstätten, Gewerbeaufsicht und Lohnschiedsämter, hinsichtlich der Arbeiterversicherung Schaffung einer Kran-

kenversicherung und Ausbau der Unfallversicherung; Erhöhung der Rente von 50 auf 75 Prozent; Berechnung der Rente jugendlicher Arbeiter nach dem Lohn der Erwachsenen ihrer Branche; Gewährung der Rente vom ersten Tage an; Beseitigung der privaten Anstalten und der Versicherung durch Unternehmerorganisationen; Erhöhung des Sterbegeldes; freie Arztwahl; Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter.

Eine neue Bergarbeiterbewegung in Nordengland.

ist durch Auseinandersetzungen zwischen Grubenbesitzern und Arbeiterschaft über das Achtstundengesetz, von dem weitere Teilbestimmungen am 1. Januar 1910 in Kraft getreten sind, heraufbeschworen worden. Die Arbeiter wollen die Vereinbarungen ihrer bevollmächtigten Führer mit den Zechenbesitzern über die Einführung eines Dreischichtenbetriebes nicht anerkennen. In Northumberland und Durham waren in der ersten Januarwoche nahezu 100,000 Grubenarbeiter in den Ausstand getreten, weil sie sich auch über Lohnzugeständnisse für die neue Arbeitszeitreglung und über andere Streitpunkte mit den Arbeitgebern nicht hatten einigen können. Der Höhepunkt des Kampfes scheint aber bereits überschritten zu sein. Die Hauptversammlung des Kohlengrubenbesitzer-Verbandes von Northumberland stellte am 14. Januar fest, dass 68 Prozent der dortigen Bergwerke wieder im Betriebe seien. Auch laufen die Verständigungsverhandlungen lebhaft hin und her. Gleichwohl machen sich die Folgen der verminderten Förderung der sehr begehrten Durhamgaskohle schon vielfach bemerkbar; die Stahlwerke der Newcastle Gegend legen Feierschichten ein, und die Kohlenpreise steigen an den Börsen rasch, obwohl das Geschäft fast stillliegt.

Aus den französischen Gewerkschaften.

Der ausserordentliche Kongress des französischen Eisenbahnverbandes, der infolge inneren Zwistigkeiten einberufen wurde, beschäftigte sich ausschliesslich mit den persönlichen Streitigkeiten. Weder die Organisationsfragen noch die Aktion zur Erhöhung der Löhne konnten behandelt werden. Der Verband hatte trotz der inneren Streitigkeiten in den letzten 9 Monaten um 6000 Mitglieder zugenommen und zählt jetzt deren über 55,000. Diese einfache Tatsache zeigt schon, wie weit die Anklagen der «Revolutionären», dass die «reformistische» Leitung Guerard lähmend wirke, berechtigt sind. Der Kongress schloss mit der Annahme von zwei Resolutionen, mit allen gegen zwei Stimmen. In der ersten heisst es: «... das Syndikat ist 1. die Vereinigung der Lohnarbeiter zur Verteidigung ihrer moralischen und materiellen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen; 2. es vereinigt anserhalb aller politischen Schulen alle Arbeiter, bewusst von dem zu führenden Kampfe zur Verschwindung des Lohnsystems und des Unternehmertums». In der zweiten Resolution wird «die vollständige Ehrenhaftigkeit» Guerards anerkannt, die Ausschliessung von Guerard und Bidamant (Revolutionär) aufgehoben und die Hoffnung ausgesprochen, dass damit alle Streitigkeiten, «die nur die Wirkung von Missverständnissen waren» (!) beseitigt seien. Guerard gab dann in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates seine von ihm auf dem Kongress angekündigte Demission. Aus diesem Anlass wurde ihm aufs neue das Vertrauen ausgesprochen.

Ob damit alle Streitigkeiten beseitigt sind, bezweifeln wir. Es handelt sich um mehr als blosses «Missverständnisse». Ein grösseres «Missverständnis» wie die Resolution, die «ausserhalb» aller politischen Schulen alle Arbeiter in der Gewerkschaft vereinigen will, hinterher aber gleich als Bedingung der Zulassung die Anerkennung des sozialistischen Endzieles aufstellt, ist wohl kaum denkbar.

Gewiss kann die klassenbewusste Arbeiterschaft gar nicht anders als sozialistisch sein. Sozialistisch und unpolitisch zugleich sein wollen, ist aber ein Unding. Eine solche Stellungnahme ist ebenso politisch und richtet sich im letzten Grunde ebenso gegen die sozialistische Partei, wie irgend eine bürgerliche Vereinigung, die erklärt, « ausserhalb aller politischen Schulen » auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung zu stehen. Jene wollen die sozialistische Partei ausschalten, indem sie sie gewissermassen für überflüssig erklären, da die Gewerkschaft selbst « den Kampf zur Verschwindung des Lohnsystems » führt, diese wollen die Sozialisten ausschalten, indem sie sich auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellen. Wenn auch die « Reformisten » bei den Eisenbahnern die grosse Mehrheit sind, gesiegt hat in Wirklichkeit die anarcho-syndikalistische Konfusion.

Die wirtschaftliche Krise ist in Frankreich erst im Jahre 1908 zur vollen Geltung gekommen. Das zeigt deutlich die vom französischen Arbeitsamt veröffentlichte Streikstatistik. Während im Jahre 1907 die Zahl der Streiks nach der amtlichen Statistik, deren wir uns trotz ihrer vielfachen Mängel bedienen müssen, da es eine andere nicht gibt, noch 1275 betrug, mit 197,961 Beteiligten, wurden 1908 nur 1073 Streiks mit 99,042 Beteiligten gezählt. Eine Statistik über die Lohnbewegungen, die ohne Streiks zu Ende geführt wurden, wird ebenso wenig geführt wie über Aussperrungen.

An erster Stelle stehen die Bauarbeiter mit 458 Streiks und 36,786 Beteiligten, auf die also allein nahezu die Hälfte der Streiks und mehr als ein Drittel der Streikenden entfällt. Die Ursache dürfte in der ständig wachsenden und verhältnismässig starken Organisation der Bauarbeiter zu suchen sein. Dann kommen die Textilarbeiter mit 129 Streiks und 10,384 Beteiligten, die Transportarbeiter mit 84 Streiks und 10,090 Beteiligten und erst an vierter Stelle die Metallarbeiter mit 65 Streiks und 5424 Streikenden. Proportionell im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten stehen an erster Stelle die Steinbrucharbeiter mit 77 pro 1000, die Bauarbeiter mit 71 pro 1000, die Grubenarbeiter mit 37 pro 1000 und die Gruppe gebrannter Steine und Erde mit 33 pro 1000. 185 Streiks mit 20,133 Streikenden hatten vollen Erfolg, 324 Streiks mit 46,599 Streikenden teilweisen Erfolg und 564 Streiks mit 32,310 Streikenden waren erfolglos. Prozentual und im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre war das Resultat folgendes:

	Streiks durchschnittlich		Streikende durchschnittlich	
	1898—1907 p. 100	1908 p. 100	1898—1907 p. 100	1908 p. 100
Erfolgreich	22,72	17,24	11,58	29,33
Teilweisen Erfolg	39,14	30,20	63,05	47,05
Erfolglos	38,14	52,56	25,37	32,62

Daraus geht hervor, dass nicht nur die Zahl der Kämpfe im Vergleich zu den früheren Jahren sich ausserordentlich vermindert haben, sondern dass auch das Resultat, trotz der geringen Zahl der Streikenden, erheblich ungünstiger war. Ohne Erfolg mussten nahezu ein Drittel, 32,62 Prozent, der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen, gegenüber einem Viertel im Durchschnitt der letzten 10 Jahre, während die Zahl der erfolglosen Streiks gar von 38 Prozent auf mehr als 52 Prozent stiegen! — Bezüglich der wesentlichen Ursachen der Streiks und den Resultaten ist zu verzeichnen, dass das Verlangen um Erhöhung der Löhne in 628 Streiks mit 62,557 Beteiligten gestellt wurde. Bezüglich der Streikenden waren davon erfolgreich 21,73 Prozent, teilweise erfolgreich 51,34 Prozent und erfolglos 26,93 Prozent. Gegen Lohnherabsetzungen richteten sich 38 Streiks mit 2431 Beteiligten. 36,49 Prozent der Streikenden hatten vollen Erfolg, 23,49 Prozent teilweisen Erfolg und 40,02 Prozent keinen Erfolg. Arbeitszeitverkürzungen wurden in 150 Streiks mit 17,136 Beteiligten verlangt. 41,18 Prozent der Streikenden hatten vollen Er-

folg, 23,99 Prozent teilweisen Erfolg und 34,83 Prozent hatten keinen Erfolg. Die durchschnittliche Dauer der Streiks betrug 15 Tage. Zu bemerken ist, dass als französische Eigentümlichkeit zwei Produktivgenossenschaften verzeichnet sind, die infolge eines Streiks gegründet wurden, eine Bäckerei und eine Zimmerei. Die französische Arbeiterschaft, in der die Traditionen des Proudhonschen Genossenschaftlertums noch fortleben, greift oft, meist nach einem verlorenen Streik, zur Gründung von Produktivgenossenschaften, um den auf die schwarze Liste gesetzten Genossen Brot zu verschaffen und sich « vom Kapital zu befreien ». Freilich ist diesen Gründungen, denen meist alles zur Existenzmöglichkeit fehlt, in der Regel nur eine kurze und schmerzreiche Lebensdauer beschieden. — Als weitere Eigentümlichkeit ist zu verzeichnen, dass bei acht Streiks « kommunistische Suppen » errichtet wurden. Mit anderen Worten, die Organisation hat in Ermangelung der nötigen Barmittel gemeinsame Mahlzeiten für die Streikenden organisiert.

Paris, 28. Dezember 1909.

Josef Steiner.



Das Risiko der Arbeiter.

Wer sich häufig damit befasst, öffentlich oder gegenüber Unternehmern und Kapitalisten Arbeiterforderungen vertreten zu müssen, dem kann es passieren, dass man ihm, ausser mit den üblichen Klagen über ungenügende Leistungsfähigkeit und Mangel an Fleiss der betreffenden Arbeiter, über schlechte Geschäftsrendite, ausländische Konkurrenz usw. auch mit einer Vorlesung über die Leistungen, die Opfer und das Risiko des Unternehmers aufwartet.

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, dass es Arbeiter gibt, die das nicht leisten, was man billigerweise von ihnen verlangen darf, deren Verhalten nur schwer oder gar nicht zu verantworten ist. Dabei fragt es sich jedoch immer noch, ob man es mit Böswilligkeit oder mit Eigenschaften zu tun hat, die im Wesen der heutigen Wirtschaftsordnung liegen, wobei die eigentlichen Schuldigen die sind, die als Ankläger den Arbeitern gegenüber auftreten. Geht man den Klagen gründlich auf die Spur, was leider nur in den wenigsten Fällen möglich ist, so wird sich meistens herausstellen, dass das letztere zutrifft. Ähnlich verhält es sich in bezug auf die Leistungen und das Risiko der Unternehmer, wobei sowieso nur die Unternehmer in Betracht kommen können, die selber mitarbeiten und sich nicht ausschliesslich darauf beschränken, ihren Arbeitern und Angestellten Befehle zu erteilen, ihnen bei der Arbeit zuzuschauen und am Jahresschluss die Profite einzustecken.

Gewiss gibt es heute noch Unternehmer, die recht fleissig sind und technisch wie organisatorisch viel leisten. Dabei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass in den meisten Fällen die Leistungsfähigkeit des Unternehmers nichts anderes ist, als die auf eine einzelne Person

«Aufgabe aller, die in dem militärischen Geist eine Gefahr unserer Kulturentwicklung erblicken, wird es sein, diesen Bestrebungen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Für die Jugend der Arbeiterschaft dient hierzu am besten die Erziehung durch die Eltern im Hause. Wenn dadurch ein Gegensatz zwischen Schule und Haus entsteht, so tragen diejenigen die Schuld, die alles daran setzen, dass der Jugend die militaristischen Prinzipien in Fleisch und Blut übergehen.»



Staatsbureaukratie.

Die gepfändete Lokomotive. Man berichtet aus Brüssel: Französische Grenzwächter hatten einen Lokomotivführer der belgischen Staatseisenbahn in Verdacht, bei seinen Dienstreisen auf belgischen Lokomotiven, die ihn täglich nach Nordfrankreich führten, kleine Mengen billiger belgischer Wachsstreichhölzer einzuschmuggeln. Um den Missetäter zu überführen, schwang sich dieser Tage vor Lille ein französischer Zollbeamter auf die Lokomotive und durchsuchte das Gepäck des Genter Beamten. Man fand zehn Schächtelchen Streichhölzer im Werte von ganzen 30 Rp., die der Mann nicht etwa mit sich führte, um Geschäfte zu machen, sondern um einigen Freunden in Tourcoing eine Freude zu bereiten. Aber der französische Staat lässt, wenn es sich um Verletzung des Monopols handelt, nicht mit sich spassen. Als der Zug in Tourcoing einlief, erwarteten fünf Beamte den Schwerverbrecher und setzten eine Strafe von 635 Fr. fest, indem sie gleichzeitig die belgische Lokomotive als „Faustpfand“ zurückbehielten. Der belgische Zug musste mit einer geborgten Maschine nach der Heimat zurückkehren, und der schmuggelnde Beamte konnte nur mit Mühe vor der Verhaftung gerettet werden. Das alles für ein paar Streichhölzer im Werte von 30 Rp.



Literatur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag vom 23. und 24. Oktober 1909 in Baden ist erschienen und kann zum Preise von 50 Cts. von der Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins in Zürich bezogen werden. Die 98 Seiten starke Broschüre enthält nebst dem übrigen Verhandlungsbericht das vollständige Referat von Genossen Rimathé über die Schweizerische Eisenbahnpolitik, dessen Publikation in Broschürenform vielfach gewünscht wurde. Die Anschaffung des Protokolls ist daher allen Parteigenossen dringend zu empfehlen.

Zu beziehen von der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins in Zürich.

* * *

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maurenbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr Heft 4 zur Ausgabe gelangt. Es führt den Titel „Mosegeschichten“ und hat folgenden reichhaltigen Inhalt:

Der Auszug aus Ägypten. Israels Not in Ägypten. Der Plan zur Befreiung. Verhandlungen mit dem Pharao. Die Tötung der Erstgeburt und das Passah. Die Katastrophe am Roten Meer. Geschichtlicher Hintergrund. Die soziale Bedeutung der Auszugsgeschichten. **Mose.** Die lewitischen Priester. Der Priester im alten Israel. Lewitische Sagen von Mose. Jahwe im flammenden Dornbusch. Mose und der Sinai. Moses Kindheit und Tod. Der Religionsstifter Mose. **Der ursprüngliche Jahwe.** Die Vulkanflamme auf dem Sinai. Naturgott und Heilige Stätte. Die Beschneidung. Die Tieropfer. Das Passah. Jahwe als Stammgott. Babylonische Einflüsse in der Wüste. Der Jahwe vom Sinai und der Jahwe von Kades. Der bildlose Jahwe bei den Lewiten. *Anhang: Texte.* 1. Israels Fronarbeit in Ägypten. 2. Die Katastrophe am Roten Meer nach dem Berichte des Jahwisten. 3. Ein Jahwe-Hymnus aus Juda, über die Katastrophe am Roten Meer. 4. Moses Berufung nach der Darstellung des Jahwisten. Literatur.

Jedes Heft kostet 1 Mark, Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Ausführliche Prospekte versendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, kostenlos.

* * *

In Freien Stunden. Heft 4 und 5 sind erschienen und bringen ausser dem Hauptroman *Die Abendburg* von Bruno Wille, die Fortsetzung der spannenden Erzählung „Romana“ von Theodor Mügge, sowie einige kleinere Episoden ersten und heiteren Inhalts. In Freien Stunden kostet 10 Pf. pro Heft und wird von allen Postanstalten, Buchhändlern, Kolporturen und Zeitungsausträgern geliefert. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, kostenlos.

* * *

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, in Stuttgart.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Strassenkundgebungen. — Herrn Tugan-Baranowskys Marx-Kritik. Von Ant. Pannekoek. — Steuerprobleme. Von J. Karski. — Wie können wir den Gefahren der ungelerten Frauenarbeit entgegenwirken? Von Hulda Maurenbrecher. — Literarische Rundschau: Albert Sobel, Geographisches Handbuch. Von M. N. — Notizen: In eigener Sache. Von K. Kautsky. Budget eines ledigen Arbeiters. Von A. R. — Zeitschriftenschau.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

* * *

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 5 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Eine falsche Rechnung. Von Gh. — Friedrich Schiller. Von Klara Zetkin. (Schluss). — Der Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuches. Von H. B. — Die Eheschliessung. I. Von Ernst Oberholzer. — Eine Arbeiterschutzkomödie. Von h. sch. — Heimarbeiterelend in der Heubacher Korsettindustrie. — Arbeiterbewegung in der Portefeuilleindustrie Deutschlands. IV. Von H. W. — Aus dem Leben eines ehemaligen Heimarbeiters. Von Hannah Lowin-Dorsch. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Beteiligung der Frauen an den Wahlen zur Krankenkassenverwaltung. — Aus Bocholt. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Ausland. — Aus der vogtländischen Spitzenindustrie. Von hj. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement Mark 2.60.

* * *

„**Der Jungbursche**“. Organ des Verbandes Schweiz. Jungburschenvereine. Soeben erschien die Februarnummer von „Der Jungbursche“. Aus dem Inhalt der schön illustrierten Nummer nennen wir: Bebel, von Dr. Max Tobler, mit Bild. — Etwas lernen, von Fritz Bruppacher. — Kultur, mit Bild. — Aus Natur und Wissenschaft. — Jugendbewegung im Ausland. — Aus unseren Sektionen — und anderes mehr.

Das Jahresabonnement dieser monatlich erscheinenden Zeitung kostet portofrei zugestellt jährlich Fr. 1.30. Einzelnummern 10 Cts. und Porto. Zu beziehen durch den Zentralvorstand Schweiz. Jungburschenvereine Zürich, Nordstrasse 181.

* * *

Die soeben erschienene Nummer 5 des **Postillon** enthält an Vollbildern und Illustrationen: Märzluft. — An Bebel. — Aus der Kalmücke. — Zum Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches. — Die Freisinnigen auf dem Kriegspfad. — Vor der Strandung. Aus dem Texte erwähnen wir: Parlamentarische Zukunftsbilder. — Das Bebel-Denkmal in Hamburg. — Kasperle-Theater. — Die Wahlreform. — Marine-Rundschau. — Der arme Leute Zubrot. — Eisenach. — Der Halleysche Komet. — Ein neuer Heiliger. Usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen.

Berichtigung.

Im Artikel „Der Kongress der American Federation of Labour“ Nr. 1, Seite 11, 22. Zeile, soll es heissen **500 Dollars** statt 500 Pfund.

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern, Kapellenstrasse 6.